

MITTEILUNG

Populismus in Europa – Konsequenzen für Parteien und Parlamente. Eine Veranstaltung der DVParl am 29. Juni 2015 in Berlin

Am 29. Juni 2015 fand die Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen (DVParl) zum Thema „Populismus in Europa – Konsequenzen für Parteien und Parlamente“ in Berlin statt. Die Vorsitzende der DVParl, die Bundestagsabgeordnete *Eva Högl*, ging einleitend auf die letzten besorgniserregenden Wahlerfolge der rechts- und linkspopulistischen Parteien in den Niederlanden, Schweden, Dänemark ein. Mit Sorge müssen auch die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2017 betrachtet werden. Aktuelle Umfragen zeigen, dass rund 30 Prozent der Franzosen die Absicht haben, *Marine Le Pen* und den *Front National* zu wählen. Aber auch das Erstarken der Linkspopulisten in Griechenland und Spanien hat das politische Klima in ihren Ländern verändert. Dabei sei kennzeichnend für alle Populisten, „dass sie sowohl national orientiert als auch explizit europakritisch und europafeindlich sind“, erklärte *Högl*.

Heinrich Oberreuter (Universität Passau, Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing a.D.) führte als Moderator durch die Veranstaltung. An einem Beispiel stellte er gleich zu Beginn ein typisches Merkmal heutiger Populisten heraus: Der Vorsitzende der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti, *Kristian Thulesen Dahl*, hatte erklärt, dass er aus der Opposition heraus am meisten durchsetzen könne, obwohl seine Partei seit der Wahl im Juni 2015 die zweitstärkste Kraft im dänischen Parlament ist und damit mehr Stimmen erzielen konnte als die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten *Lars Lökke Rasmussen*. Dieser Aspekt der „Verhinderungsmacht“ sollte in die engere Diskussion des Abends mit einbezogen werden.

In den anschließenden Vorträgen betrachteten *Frank Decker* (Universität Bonn), *Anne-Marie Le Gloannec* (Science Po Paris) sowie *Reinhold Gärtner* (Universität Innsbruck) das Thema des Abends aus unterschiedlichen Perspektiven.

Zum Auftakt näherte sich *Frank Decker* dem Begriff des Populismus: (1) Typisch sei es für seine Vertreter – anders als häufig angenommen – „ganz bewusst unpopuläre Meinungen zu vertreten, ja kalkulierte Entgleisungen vorzunehmen, weil man sich gerade dadurch der Glaubwürdigkeit der eigenen Anhängerschaft versichern“ wolle. Aber auch die Vertretung der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung, der Interessen „des Volkes“ in Abgrenzung zur „politischen Klasse“ und den gesellschaftlichen sowie politischen Eliten sei häufiges Verhalten von Populisten. (2) Das ideologische Spektrum ist sehr weit – von moderaten bis hin zu extremistischen Positionen –, wobei der größte Teil der populistischen Parteien aber nicht als extremistisch einzuordnen sei. Als weiteres Merkmal für den Populismus nannte *Decker* (3) eine bestimmte Form der Organisation, die sich insbesondere durch die Dominanz einer charismatischen Führerfigur auszeichne. Da sich mittlerweile die Parteien emanzipiert und Organisationsstrukturen vergleichbar mit nicht populistischen Parteien aufgebaut hätten, habe man es, laut *Decker*, mit „neuen (rechts-)populistischen Parteien“ zu tun.

Der Blick auf die (4) Programmatik der populistischen Parteien offenbare die Thematisierung von drei grundsätzlichen Konflikten. Erstens der ökonomische Konflikt: Da viele rechtspopulistische Parteien eher linke Positionen in der Wirtschaftspolitik verträten, könn-

ten sie in diesem Politikfeld nicht ohne weiteres als rechte Parteien charakterisiert werden. So finden sich bei ihnen vermehrt Wähler, die eher den linken oder sozialdemokratischen Parteien zugeordnet würden. Zweitens der Wertekonflikt: Hier zeichnet sich die Zuwanderung als das wichtigste Mobilisierungsthema ab. Sie beinhaltet auch die Sorge vor dem Verlust nationaler Souveränität. Als dritten Konflikt bezeichnete *Decker* das Problem der politischen Entfremdung mit dem Vorwurf der „Abgehobenheit der politischen Klasse“. Die Populisten hätten das Thema aufgegriffen und sprächen damit auch eine „tiefgreifende Repräsentationskrise in unserem politischen System“ an.

Ergänzend ging *Decker* noch auf die Euro-Skepsis ein. Durch die Finanzkrise gebe es ökonomische Verteilungskonflikte einerseits innerhalb der Gesellschaften sowie andererseits zwischen den Staaten der Europäischen Union, wie das Beispiel Griechenland zeigt. Darüber hinaus sei die Kritik des notorischen Demokratiedefizits in der Europäischen Union berechtigt, wie *Decker* unterstrich. Die Euro-Skepsis sei aber kein „Alleinstellungsmerkmal“ der Populisten. In der Angst vor wirtschaftlichem Abstieg in Kombination mit der Verunsicherung der Bürger durch den internationalen Terrorismus und der durch die Bürgerkriege im Nahen Osten ausgelösten dramatischen Flüchtlingssituation können die Hauptgründe für das Erstarken der populistischen Parteien in den letzten Jahren gesehen werden. Dabei sei die Skepsis gegenüber der Europäischen Union im Grunde ein „Türöffner“ für den Populismus gewesen, der die Gründung einer Partei wie der AfD in Deutschland ermöglichte.

Abschließend stellte *Frank Decker* fest, dass der Extremismus sowie der Populismus hierzulande aus historischen Gründen stigmatisiert seien. Daneben spielen aber auch konstitutionelle Bedingungen eine große Rolle. Es sei eine „weise Entscheidung“ gewesen, die Parteien durch das Grundgesetz und das Parteienrecht zu binden, „sich nach Maßstäben innerparteilicher Demokratie zu organisieren“.

Der Vortrag von *Anne-Marie Le Gloannec* befasste sich mit dem Populismus in Frankreich und einem damit verbundenen landesspezifischen Phänomen. Hinsichtlich der Ursachen für Populismus stimmte sie der Darstellung von *Decker* überwiegend zu. Jedoch könne man nicht von einem Ende der Ideologien und einem „Triumph der Demokratie“ sprechen. Es habe in Frankreich viele Altkommunisten gegeben, die sich dem Front National zugewandt und somit „die Seite gewechselt“ hätten. Des Weiteren ging *Le Gloannec* auf die Folgen der Globalisierung und die Rolle der Finanzmärkte ein. Die Machtbefugnisse des Staates und die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen seien eingengt worden. Dies sei ein großes Problem, weil es das „pensée unique“ (Einheitsdenken) zur Folge hatte. Die Sozialisten und die Konservativen hätten keine unterschiedlichen Lösungen mehr anzubieten – im Gegensatz zum Front National. Als zweite Ursache nannte *Anne-Marie Le Gloannec* „real existierende Probleme“ bei den etablierten politischen Parteien. Diese seien aufgrund ihrer veralteten Strukturen den Herausforderungen der heutigen Gesellschaften und der Wechselhaftigkeit der Wähler nicht mehr gewachsen. Problematisch sei, dass die meisten Parteien sich immer mehr aus Berufspolitikern zusammensetzten und dadurch eine Kluft zwischen Politikern auf der einen und den Bürgern auf der anderen Seite wahrgenommen werde. Als dritten Punkt bezeichnete *Le Gloannec* die unkontrollierte Immigration und den radikalen Islam als Ursache für den Populismus in Frankreich. Hinsichtlich der Radikalisierung und der aktuellen Terroranschläge gebe es „viel Naivität“. Insbesondere linke Politiker und Intellektuelle befürworteten Immigration, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu beachten, die sich vor allem „durch die Geschwindigkeit der Veränderungen“ ergäben.

Im zweiten Teil ihres Vortrags ging *Anne-Marie Le Gloannec* auf den Front National ein. Der Populismus in Frankreich habe in den fünfziger Jahren mit *Jean-Marie Le Pen* begonnen. Aber die vielen Streitigkeiten innerhalb des Front National waren „das Glück der herkömmlichen Parteien“. Dies änderte sich erst unter *Le Pens* Tochter *Marine*. Sie schaffte es, dass der Partei eine höhere Bedeutung zugesprochen wurde, indem sie die Immigration und damit verbunden auch die „Deklassierung der Leute“ aus der (unteren) Mittelschicht problematisierte, die die etablierten Parteien häufig zu ignorieren scheinen. Jedoch seien Vorschläge wie die Schließung der Grenzen und das Ausscheiden aus dem Euro sehr kritisch zu betrachten; und dennoch genießt *Marine Le Pen* mittlerweile durch die französischen Medien mehr Aufmerksamkeit als noch vor einigen Jahren. Abschließend gab *Anne-Marie Le Gloannec* ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die politische Klasse sich in Frankreich regenerieren werde. Wenn Politiker – wie *Manuel Valls* oder *Alain Juppé* – aus den verschiedenen Lagern antreten würden, könne es eine „wählbare Alternative“ bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 geben.

Im Mittelpunkt des Vortrags von *Reinhold Gärtner* stand der Rechtspopulismus in Österreich. Da es dort eigentlich keine linkspopulistischen Parteien mit sichtbarem Wahlerfolg gebe, außer auf kommunaler Ebene, gehe es im Wesentlichen um den Rechtspopulismus und hierbei um die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). Auch wenn die FPÖ als rechtspopulistische Partei bezeichnet werde, habe sie „sehr viel mit Rechtsextremismus zu tun“. Zurückführen ließe sich dies auf ihre historische Entwicklung. Bevor die Partei 1955 gegründet wurde, gab es den Verband der Unabhängigen (VDU) als erste Sammelbewegung unter anderem für ehemalige NSDAP-Mitglieder. Deshalb wurde die Partei als „rechtspopulistisch plus X“ bezeichnet. Die Distanzierung vom Nationalsozialismus habe lange gedauert und sei dadurch auch nicht sehr glaubwürdig gewesen, so *Gärtner*. Von 1983 bis 1987 und von 2000 bis 2007 schaffte es die FPÖ zweimal, in Regierungsverantwortung auf Bundesebene zu gelangen – mit einer liberaleren ersten Phase. Diese Beteiligungen hatten zur Folge, dass die FPÖ bei den jeweils darauffolgenden Wahlen erheblich an Stimmen verlor, vor allem weil sie „den Spagat zwischen Regierung und Opposition“ nicht schaffte und ihr Personal nur wenig „ministrabel“ war, so die Einschätzung *Gärtners*. Hinsichtlich der Problematik, wie Parlamente und Parteien mit dem Rechtspopulismus umgehen sollten, seien alle politischen Akteure aufgefordert, sich „zu positionieren oder Stellung zu beziehen oder Problembewusstsein zu entwickeln“. Gerade beim Thema Migration sei dieses Problembewusstsein in Österreich seit Jahrzehnten nicht vorhanden. Die Variante eines „Imitieren und Kopieren“ der FPÖ habe sich bisher bei den etablierten Parteien ÖVP und SPÖ nicht bewährt. Eingehend auf die aktuelle Situation erklärte *Gärtner*, dass es im Burgenland zum ersten Mal zu einer SPÖ-FPÖ-Regierung kommen werde. Dies sei ein „Tabubruch“, bei dem die Führung der Sozialdemokraten auf Bundesebene eher hilflos zugesehen habe. Als Fazit führte er aus, dass es nicht nur darum ginge, wie man „rechtspopulistische Parteien in die [Regierungs-]Verantwortung einbeziehen“ könne, sondern vor allem, „wie die anderen Parteien agieren könnten, um rechtspopulistische Parteien wieder kleiner zu machen“.

Unter reger Beteiligung diskutierten zum Abschluss unter anderem *Nils Diederich*, *Joachim Welz*, *Keno Franke*, *Nikolaus Werz* und *Paul Hefty* mit den Referenten des Abends. So brachte *Diederich* mit Blick auf die soziologisch analysierbaren Ursachen der Entwicklung populistischer Parteien den Begriff der „Modernisierungsverlierer“ in die Diskussion ein. Bezogen auf die Wählerschaft populistischer Parteien würden sich „bestimmte Teile der

Gesellschaft vom Modernisierungstempo, von einem Wandel der Gesellschaft“ überfordert fühlen. *Decker* unterstrich, dass die veränderte wirtschaftliche Situation auch einen Umbau beziehungsweise Rückbau der Wohlfahrtsstaaten mit sich bringe. Diese Prozesse produzierten Verlierer in der Gesellschaft, die dann die Parteien, die das zu verantworten hätten, nicht mehr wählten.

Der Abend zeigte einmal mehr, dass es die DVParl nicht nur vermag, interessante, sondern auch aktuelle Themen aufzugreifen, um diese zuerst kontrovers zu diskutieren und anschließend Lösungsvorschläge anzubieten. Um der Entfremdung von den Bürgern entgegenzuwirken, müssten Parteien zum einen wieder mehr sozialen Zusammenhalt organisieren und dem Bedürfnis der Menschen nach kultureller Zugehörigkeit und Identität gerecht werden. Zum anderen sei es wichtig, Organisationsreformen innerhalb der Parteien voranzutreiben, so dass sie sich noch stärker in Richtung der Bürgergesellschaft öffneten.

Philipp Kablert